

Die Mosaik-Linke

Eine Partei neuen Typus? Skurriles aus der Arbeit der Bundestagsfraktion

Von Klaus Blessing



Puzzle statt Politik?

Drei Gesellschaftswissenschaftlern aus Potsdam ist es gelungen, ein neues Gesellschaftskonzept für Deutschland im allgemeinen und den Osten Deutschlands im besonderen zu erforschen. Sozialökonomische Analysen waren für sie nicht notwendig, sie schöpften ihr Wissen aus ihrer subjektiven Auffassung. Beauftragt war die Ausarbeitung durch eine Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Partei Die Linke. Am vergangenen Freitag wurde das Ergebnis der wissenschaftlichen Arbeit auf einer öffentlichen Anhörung der Bundestagsfraktion, die unter dem Motto »Der ostdeutsche Erfahrungsvorsprung« stattfand, vorgestellt. Michael Thomas, Rolf Reißig und Frank Thomas Koch legten auftragsgemäß ihr Werk unter dem Titel »Das Projekt des sozialökologischen Umbaus – Fallbeispiel für den Einstieg« vor.

Pfadfinder

Im Grunde war aber die Fraktion der Linken der falsche Empfänger, denn die Autoren erfanden gleich zu Beginn ihrer Arbeit eine Partei neuen Typus. Aus der Partei Die Linke wird bei ihnen kurzerhand die »Mosaik-Linke«, ein Begriff, der sich durch ihr Papier hindurchzieht. Die Forscher verbinden mit ihm ihre »Zukunftsvision«: Es gehe nicht um einen Masterplan, sondern um »die Gestaltung des Unplanbaren«: »Im Kapitalismus also über den Kapitalismus hinaus denken und handeln. Das Schlüsselkonzept hierfür heißt heute weder Reform noch Revolution, sondern »emanzipatorische Transformation«; Übergang zu einem Gesellschafts- und Entwicklungsmodell, das eine sozialökologische und solidarische Entwicklungs- und Lebensweise generiert. Für die Linke ist dies Pflicht und Chance zugleich. Wie sie sich dem stellt, entscheidet maßgeblich auch über ihre Zukunft.« Das könnte zutreffen. Folgte die »Mosaik-Linke« tatsächlich solchem Ratschlag, setzte sich also nicht einmal für Reformen – Abschaffung von Hartz IV, Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, Stopp der Privatisierung öffentlicher Güter, Reform des Finanzwesens u. a. – geschweige denn für revolutionäre Veränderungen ein, dürfte es um ihre Zukunft in der Tat endgültig schlecht bestellt sein.

Den Weg zur »emanzipatorischen Transformation« haben die Forscher genau beschrieben. Im Werk treten an ungezählten Stellen Vokabeln wie »Pfadwechsel«, »Transformation« und

»sozial-ökologischer Umbau« auf. Bescheidenheit ficht die Verfasser nicht an. Ihre Theorie vom neuen Entwicklungspfad ist für sie der »tiefgreifendste Struktur- und Gesellschaftswandel seit Beginn des Industriezeitalters.« Pfadfinder brauchen sie nicht, denn wohin der Pfad führt, ist ihnen gleichgültig. Wichtig ist nur, daß möglichst viele auf dem Pfad herumtrampeln. Denn: »Der Wert solcher Aktivitäten liegt nicht in ihrem Erfolg. Nicht nur ist in Such- und Experimentierprozessen ein Scheitern, der Abbruch eines Weges unvermeidlich, mehr noch liegt ein erheblicher Nutzen in der Praxis, im Prozeß selbst.«

In der aktuellen Situation der Bundesrepublik haben die Autoren ein gar gewaltiges Potential für den Pfadwechsel ausfindig gemacht. Sie meinen, weil Frau Merkel die Atomgesetze umschreibt und die SPD wieder vom Sozialstaat redet, dem sie den entscheidenden Schlag versetzt hat, »ändern wichtige politische Akteure des Landes in atemberaubender Geschwindigkeit ihre Grundpositionen und befindet sich die Gesellschaft der Bundesrepublik im Umbruch.« Deshalb werde nun auch »die Brechung der Marktmacht der großen Energie- und Mineralölkonzerne zu einer realen Option« und natürlich auch die Regulierung der Finanzmärkte.

Umbrechende Vielfalt

Da die Verfasser schon mal beim Umbrechen sind, träumen sie gleich auch davon, eine wahrhaft kommunistische Gesellschaft aufzubauen, den »Übergang zu einem alternativen, neuen Modell sozialer und kultureller Entwicklung und damit gleicher Teilhabe aller an Arbeit, Bildung, Gesundheit, Wohlfahrt, Daseinsvorsorge, Kultur und öffentlichem Leben statt zunehmenden und weltweiten Ausschlusses sozialer Gruppen und Regionen«. Einfach so eben. Macht oder Eigentums spielen bei historischen Veränderungen bekanntlich keine Rolle. Aus der Diskussion um Atomausstieg und Energiewende leiten sie ab, »daß dies aus gesellschaftskritischer Sicht zu einer Debatte um einen grundlegenden Wandel, um eine Transformation des marktliberalen/-radikalen Entwicklungsmodells führen muß.« Folgerichtig sind die Autoren gegen jedwede grundlegende Veränderung, sie bevorzugen »viele Ansätze an Nischen und Nahtstellen, eine kreative, innovative Vielfalt«. Die finden sie im Osten Deutschlands in Bioenergiedörfern, Stadtwerken, Einsparkraftwerken, Bürgerkonsum, Urstromtälern, Bürgerhaushalten und Bürgerstiftungen, Kulturfabriken und anderen fundamentalen Bedingungen gesellschaftlichen Wandels. Immerhin dämmert es ihnen, daß »die Beispiele möglicherweise den Eindruck eines Puzzles erwecken, das sich nicht zu einem vollständigen Gesamtbild fügt.«

Das Resümee ihrer Untersuchungen fassen die Forscher in ihren Handlungsempfehlungen zusammen: »Der sozialökologische Umbau der Gesellschaft bildet die Achse der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung in unserer Zeit und in unserem Land. Die Linke sollte es als ihr ureigenstes Thema, als ihr zentrales Projekt betrachten, konzeptionell und praktisch ausgestalten. Ein sozialökologisches und solidarisches Umbauprojekt schärft Alleinstellungsmerkmal, Image und Profil der gesellschaftlichen und parteipolitischen Mosaik-Linken.« Nach vollzogener Degradierung der Linken zur »Mosaik-Linken« dürfte das zutreffen, vor allem bei Verzicht auf das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft.

Tatsächlich ist der sozialökologische Umbau in der globalisierten Welt des entfesselten Kapitalismus längst im Gange, allerdings in entgegengesetzter Richtung: abwärts, zu Lasten der Umwelt und der Mehrheit der Menschen auf diesem Planeten. Eine Umkehr ist nur durch Änderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse zu erreichen.

Zu grundlegenden Problemen der Entwicklung Ostdeutschlands und dem angekündigten

Thema der Anhörung am Freitag war von den Autoren nichts Grundsätzliches hören. Auswanderung, Überalterung, Arbeitslosigkeit, Verschuldung, Zukunftsangst bestimmen den »Erfahrungsvorsprung« vieler Ostdeutscher im Kapitalismus. Erfahrungsvorsprünge in Vollbeschäftigung, Mitbestimmung, Arbeitsrecht, Stabilität bei Währung und Preisen, Bildung und Kultur aus der Zeit vor 1990 waren auf der Anhörung allerdings nicht gefragt, auch nicht Referate zur Lage im Osten.

Äußerungen von Wissenschaftlern dazu gibt es jede Menge: die Gruppe Alternative Wirtschaftspolitik, die Verbände des Ostdeutschen Kuratoriums, Ulrich Busch, Wolfgang Kühn, Ekkehard Lieberam, Karl Mai, Edgar Most, Christa Luft, Norbert Peche, Klaus Steinitz u.a. Der Autor dieses Beitrages zählt sich auch dazu. Keiner der Genannten war offenbar erwünscht, ihre Arbeiten wurden als Quellen nicht herangezogen.

Dort wäre u.a. zu lesen gewesen: Der Osten Deutschlands verkommt zum Altersheim und einer Armutsregion in Europa, wenn nicht energischer Widerstand organisiert wird. Nur durch eine gezielte Reindustrialisierung in zukunftsweisende Technologien könnte wenigstens Anschluß an die Entwicklung in der EU hergestellt und die wirtschaftliche und soziale Schiefelage schrittweise beseitigt werden. Es geht darum, auf diesem Wege Forschung, Bildung und Arbeit im Osten zu schaffen. Es geht um Teilwiedergutmachung für das seit 1990 durch das westdeutsche Kapital geraubte gesellschaftliche und private Eigentum der Ostdeutschen.

Die notwendigen Schlußfolgerungen sind umfassend formuliert: Für das Erreichen dieser Ziele ist eine breite und regional weit verzweigte Bürgerbewegung nötig. Die Erfahrungen anderer Länder von Nordafrika bis in die EU hinein beweisen, daß nur so Zugeständnisse errungen werden können.

Die Partei mit dem anspruchsvollen Namen Die Linke ist offenkundig dazu weder willens noch in der Lage. Die Tragik besteht ja nicht darin, daß Wissenschaftler subjektivistische Auffassungen entwickeln. Die Tragik besteht darin, daß die Bundestagsfraktion Die Linke derartigen Auffassungen un widersprochen Platz und Raum bietet, sich artig für die Arbeit der Forscher bedankt und sie unter Verantwortung der Fraktion öffentlich verbreitet. Notwendig wäre, wirkungsvolle Maßnahmen zur Veränderung der Lage auszuarbeiten, damit an die Öffentlichkeit zu gehen, Kräfte zu bündeln, parlamentarische und vor allem außerparlamentarischer Initiativen zu koordinieren, um berechnigte Forderungen der Ostdeutschen durchzusetzen. Die Linke tut es nicht. Soll die Partei nicht wirklich zur »Mosaik-Linken« verkommen, ist die Zeit überreif, endlich klare Positionen zu beziehen und Menschen für deren Durchsetzung zu mobilisieren. Auch die Wähler werden es danken.

** Unser Autor war u.a. Staatssekretär im DDR-Ministerium für Erzbergbau, Metallurgie und Kali. Jüngste Buchveröffentlichung: Die Schulden des Westens. Was hat die DDR zum Wohlstand in der BRD beigetragen? edition ost, Berlin 2010, 128 Seiten, 9,95 Euro*